

18.12.2008, ägyptische Wochenzeitung al-Youm as-Sabi'

Ausschuss geplant zur Verteidigung wegen illegaler Migration Inhaftierter *Angehörige der Inhaftierten fordern vom Staatsanwalt Freilassung*

- Die Träume vieler junger Menschen beschränken sich auf nunmehr auf ein Boot zur Flucht ins Ausland -

von Sayyed Mahfouz

Angehörige von mehr als 500 Inhaftierten, die im Gefängnis Burj al-'Arab einsitzen, weil sie "Jugendliche zum Ausreisen gebracht und illegal ausgewandert sind", haben den Mitgliedern der Volks- und Shoura-Räte in den Bezirken Metobas, Balteem und Burullus (alle im Gouvernement Kafr ash-Sheikh) einen Teil der Verantwortung dafür gegeben, dass ihre Kinder versucht haben, illegal auszureisen. Bei dem Versuch waren einige Menschen gestorben, während die anderen ins Gefängnis Burj al-'Arab in Alexandria gebracht wurden.

Zu einer vom "Menschenrechtszentrum Al-Ard" organisierten Konferenz kamen neben zahlreichen Familien von Betroffenen, die im Gefängnis Burj al-'Arab inhaftiert sind, eine Anzahl von Menschenrechtlern und Juristen, die sie freiwillig verteidigen wollen. Wie die Angehörigen mitteilten, hätten sie dem Staatsanwalt Erklärungen übergeben, in denen sie sich für die Freilassung der Beschuldigten einsetzen. Der Staatsanwalt hätte sich jedoch bis jetzt nicht mit ihnen befasst. Sie würden in den kommenden Tagen weitere gemeinsame Erklärungen vorlegen.

Mohammed Amer, Verteidiger einiger der Inhaftierten, sagte, in einigen Fällen seien die Beschuldigten von den ihnen zur Last gelegten Anklagepunkten freigesprochen worden. Es sei außerdem in einigen Fällen die Freilassung angeordnet worden. Jedoch seien daneben auch weitere Haftanordnungen aufgrund weiterer Anschuldigungen ergangen. Die Angehörigen der Inhaftierten wären alle rechtlichen Wege gegangen, damit ihre Familienmitglieder freikommen, bis jetzt allerdings ohne Erfolg.

Seitens einiger Familien von Betroffenen hieß es, ihre Kinder wären ohne erwähnenswerte Anschuldigungen festgenommen worden. Die meisten von ihnen hätten sich aufgemacht, illegal auszuwandern, wären dabei aber gescheitert. Monate später wären sie dann von den Haftanordnungen gegen ihre Kinder, wegen des Vorwurfs der illegalen Auswanderung und der Anstachelung von Jugendlichen ins Ausland zu reisen, überrascht worden.

Karam Saber, Leiter des "Menschenrechtszentrums al-Ard", betonte, das Zentrum und mehrere Juristen würden einen Ausschuss zur Verteidigung der Inhaftierten gründen. Schließlich seien die meisten von ihnen diejenigen, die die Familie ernähren.